

2022

Hauptversammlung

Gegenantrag
25.05.2022



Investors for a new now

Gegenantrag

zur Hauptversammlung der DWS Group GmbH & Co. KGaA am 09.06.2022

Beschlussfassung zu TOP 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021

Ich erteile den Mitgliedern des Aufsichtsrats der DWS Group GmbH & Co. KGaA keine Entlastung für das Geschäftsjahr 2021.

Begründung

Ich beantrage, den Mitgliedern des Aufsichtsrats der DWS Group GmbH & Co. KGaA (DWS) die Entlastung zu verweigern, da die DWS über ihren Immobilienfonds RREEF America REIT II (RAR II) möglicherweise ihre eigene Richtlinie für verantwortungsbewusste Auftragsunternehmen (Responsible Contractor Policy oder RCP) in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht einhält. Nach Angaben der Service Employees International Union, Local 32BJ (SEIU Local 32BJ), setzt der Immobilienfonds in mehreren seiner Liegenschaften ein Reinigungsunternehmen ein, das in mehreren Fällen grundlegende Hygiene- und Sicherheitsregeln missachtet hat und zudem Mitarbeiter*innen, die an Gewerkschaftsaktivitäten teilgenommen haben, eingeschüchtert und bedroht hat.

Der PAR II-Fonds der DWS hat eine RCP für seine Büroimmobilien angenommen, und das Verhalten des Fonds in Florida könnte dazu führen, dass er gegen seine eigene RCP verstößt. Die RCP gibt an, dass der Fonds eine gewerkschaftsneutrale Position einnimmt, wenn es um Auftragsunternehmen bei seinen Immobilien geht. Die DWS-RCP sagt auch, dass der Fonds faire Löhne und Sozialleistungen unterstützt, die von lokalen Marktfaktoren und vergleichbaren Immobilienprojekten bestimmt werden. Die gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten seines Auftragsunternehmens in Südflorida und die Tatsache, dass das Reinigungsunternehmen nicht dem branchenweiten Tarifvertrag beitrifft, der den neuen Marktstandard festlegt, deuten darauf hin, dass die DWS in Konflikt mit ihrer eigenen RCP steht.

Immobilieninvestor*innen in den USA setzen zunehmend RCPs ein, um hochwertige Auftragsunternehmen für Gebäudereinigung und -instandhaltung zu identifizieren. Investor*innen sollten RCPs befürworten, da diese Richtlinien für faire Löhne und Arbeitsschutzmaßnahmen bei Auftragsunternehmen und Subunternehmern unterstützen. Bessere Arbeitsbedingungen ziehen mehr talentierte Mitarbeiter*innen an und verringern die Fluktuation, was wiederum zu einer höheren Servicequalität führen kann. Der Einsatz von unverantwortlichen Auftragsunternehmen zur Wartung und Instandhaltung von Immobilien in den Vereinigten Staaten sollte deshalb bei Investor*innen Bedenken aufkommen lassen.

Die DWS kontrolliert Bürogebäude in Südflorida als Teil ihres nordamerikanischen Immobilienportfolios. Die SEIU Local 32BJ hat eine erfolgreiche Kampagne zur Anhebung der Arbeitsstandards für fast 1.000 Büroreiniger*innen in dieser Region durchgeführt. Auftragsunternehmen, die den Großteil des kommerziellen Büromarktes in dieser Region abdecken, halten sich jetzt an einen Tarifvertrag.

Bei vier Liegenschaften in Südflorida setzt die DWS allerdings ein Auftragsunternehmen ein, das nicht tarifgebunden ist. Seit 2019 hat dieses Auftragsunternehmen Reinigungs- und Wartungskräfte, die sich an Gewerkschaftsaktivitäten beteiligten, bedroht und eingeschüchtert. Gegen das Auftragsunternehmen wurden bereits drei Anklagen wegen unlauterer Arbeitspraktiken nach amerikanischem Arbeitsrecht erhoben. Die US-Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen, das National Labour Relations Board (NLRB), hat diese drei separaten Klagen der SEIU Local 32BJ in Bezug auf die Einschüchterung und Überwachung von Arbeitnehmer*innen wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten für begründet befunden, woraufhin sich die Behörde mit dem Auftragsunternehmen einigte und es aufforderte, die Arbeitnehmer*innen über ihre Rechte zu informieren und ihnen mitzuteilen, dass das Auftragsunternehmen gewerkschaftliches Organisieren nicht beeinträchtigen werde (NLRB Case Nos. 12-CA-245064, 12-CA-245906, and 12-CA-279037).

Das Auftragsunternehmen hat zuvor auch unsichere

Arbeitsbedingungen und schlechte Reinigungsstandards in verschiedenen Gebäuden in Südflorida aufrechterhalten und wurde vor

Kurzem in eine Beschwerde verwickelt, die von der SEIU Local 32BJ im Namen von Büroreinigungs- und Wartungskräften beim US-Arbeitsministerium eingereicht wurde, weil das Auftragsunternehmen von ihnen verlangt hat, Arbeit zu leisten, ohne diese zu vergüten oder auf die Arbeitszeit anzurechnen.

Die Nichteinhaltung des eigenen RCP kann sich auch auf die Anleger*innen auswirken. Die Beschäftigung eines verantwortungsbewussten Auftragsunternehmens kann die Qualität der Dienstleistungen für DWS-Immobilien verbessern. Es hat sich gezeigt, dass eine geringere Fluktuation von Auftragsunternehmen, der Aufbau positiverer Beziehungen zu den Mieter*innen, Investitionen in Schulungen für Mitarbeiter*innen und in die Instandhaltung einer Immobilie insgesamt zu positiven langfristigen Ergebnissen führen. Auch die Investor*innen an der DWS-Immobilien in Südflorida verdienen es, in den Genuss dieser Vorteile zu kommen.

2022

Hauptversammlung

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre
25.05.2022



Investors for a new now

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der DWS Group GmbH & Co. KGaA am 09.06.2022

Zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin für das Geschäftsjahr 2021

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, der persönlich haftenden Gesellschafterin die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Unzureichende öffentliche Richtlinien, schädliche Investments

Die DWS lässt bisher öffentliche Investitionsrichtlinien, ob zu Menschenrechten, Energiekonzernen oder Bergbau vermissen. Damit weicht die DWS nicht nur von der Vorgehensweise der Deutschen Bank ab, die Richtlinien für ihr Finanzierungsgeschäft veröffentlicht hat, sondern auch von der Praxis zahlreicher internationaler Banken und Vermögensverwalter. Es ist nicht hinnehmbar, dass Aktionär*innen und Verbraucher*innen darüber im Dunklen gelassen werden, nach welchen Kriterien die DWS Investitionen tätigt oder ausschließt.

Dass dies problematisch ist, zeigen auch die Investitionen der DWS in den brasilianischen Bergbaukonzern Vale in Höhe von fast 66 Millionen Euro. Das Unternehmen ist für zwei der größten und tödlichsten Dammbüche der jüngeren Geschichte verantwortlich: Mariana in 2015 und Brumadinho in 2019. Drei Jahre später gibt es noch immer Familien, deren Angehörige als vermisst gelten. Wie die zivilgesellschaftliche Organisation Justiça nos Trilhos zudem in dem von Facing Finance im Mai dieses Jahres herausgegebenen Bericht „Dirty Profits 9: How much Pain for Corporate Gain?“ (https://www.facing-finance.org/files/2022/05/Facing_Finance_Dirty_Profits_9.pdf)

eindrücklich beschreibt, hat sich die gesamte Lieferkette des Unternehmens für tausende Menschen zum Problem entwickelt. Die von dem Unternehmen betriebene knapp 900 km lange Eisenbahnlinie für den Transport von Eisenerz beeinträchtigt über hundert Gemeinden

in den Bundesstaaten Maranhão und Pará, darunter indigene Völker und Quilombolas. Manche der Gemeinden, wie Piquiá de Baixo, sind so stark von dem Transport und der Weiterverarbeitung des Eisenerzes betroffen, dass eine Umsiedlung praktisch unumgänglich geworden ist. Denn mit der Luft- und Umweltverschmutzung gehen für zahlreiche Bewohner*innen u.a. schwerwiegende Erkrankungen der Lungen -und Atemwegserkrankungen einher. Die Gemeinde mit 1.100 Bewohner*innen wartet dennoch bereits seit 2018 auf die Fertigstellung einer neuen Siedlung.

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Giftstoffe und Menschenrechte, Marcos Orellana, erklärte 2020 auf der 45. ordentlichen Tagung des Menschenrechtsrates im Hinblick auf die Dammbrüche, Schlammlawinen und die Gemeinde Piquiá de Baixo: „Unternehmen, die in eindeutige Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, darunter auch Vale, sollten für das, was man nur als Umwelt- und Berufsverbrechen bezeichnen kann, zur Verantwortung gezogen werden.“ Auch für Vorstände wie jene der DWS, die ungebrochen in Unternehmen investieren lassen, die bekanntermaßen Menschen- und Arbeitsrechte missachten und für schwere Umweltschäden verantwortlich sind, sollten Aktionär*innen Konsequenzen ziehen.

<https://www.ohchr.org/en/statements/2020/10/opening-remarks-united-nations-special-rapporteur-toxics-and-human-rights-0>